



ERWEITERTE HILFE ZUR ERZIEHUNG IN DER REGION HANNOVER

Veröffentlicht am 07.10.2020 um 10:05 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Schnelle Hilfe bei Problemen und Konflikten: Seit 2016

hat die Region Hannover gemeinsam mit den freien Trägern die Beratungsangebote für junge Menschen und ihre Familien flächendeckend in der Region ausgebaut. Die Familien- und Erziehungsberatungsstellen (FEB) sind hierbei zentraler Bestandteil der niedrigschwelligen Grundversorgung. Das bisherige Versorgungskonzept läuft nach fünf Jahren zum Jahresende 2020 aus. Am gestrigen Dienstag, 6. Oktober 2020, hat der Jugendhilfeausschuss der Region grünes Licht für ein erweitertes Versorgungkonzept gegeben, das die Hilfen künftig in allen Kommunen der Region noch stärker bündelt und vernetzt. Für die nächsten fünf Jahre werden dafür zusätzlich rund 850.000 Euro jährlich im Haushalt der Region Hannover bereitgestellt. Abschließend entscheidet die Regionsversammlung am 10. November. "Mit dem neuen und erweiterten Konzept reagieren wir auf die Entwicklung der Bedarfe der Kinder, Jugendlichen und ihren Familien in den Kommunen. Die freien Träger beteiligen sich künftig noch stärker, sodass wir ein umfassendes und vor allem vernetztes Angebot der lokalen Beratungsleistungen sichern können", so Dr. Andrea Hanke, Dezernentin für Soziale Infrastruktur der Region Hannover. "Insgesamt geht es darum, in allen Städten und Gemeinden der Region die gleiche Grundversorgung mit Beratungsleistungen für Eltern, Kinder und Jugendliche vor Ort zu haben." So soll es künftig eine Fachkraft für 2.500 Minderjährige geben, zum Vergleich: Bisher kam eine Fachkraft auf 3.650 Menschen unter 21 Jahren. In den Familien- und Erziehungsberatungsstellen arbeiten Fachkräfte verschiedener Fachrichtungen zusammen, um Kindern, Jugendlichen und ihren Familien bei der Klärung und Bewältigung von Problemen und Konflikten zu helfen. Das neue Versorgungskonzept sieht zusätzlich vor, Fachberatungsstellen mit einem spezialisierten Angebot einzubinden und damit die FEB-Grundversorgung zu ergänzen. Der Anteil der Fachberatungsstellen an der Gesamtversorgung beträgt 20 Prozent. Davon haben Beratungsangebote gegen Gewalt einen Anteil von 67 Prozent, Angebote zu den Themen Gender und Sexualität sind zu 19 Prozent, Verselbstständigung zu acht Prozent und problematischer Medienkonsum zu sieben Prozent im Konzept berücksichtigt. "Die Gewichtung der Bereiche sind Folge der Auswertung der Hilfebedarfe junger Menschen unter 21 Jahren in den vergangenen Jahren. An oberster Stelle stehen die Gewalterfahrungen, vor allem die sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche, aber auch die familiäre Gewalt. Zugenommen haben auch die Fragen junger Menschen zur eigenen Identität und zur sexuellen Orientierung, die Probleme bei exzessivem Medienkonsum und der Unterstützungsbedarf bei der Entwicklung einer eigenständigen Lebensführung", erklärt Matthias Möller, Leiter der Beratungsstellen für Eltern, Kinder und Jugendliche von der Region Hannover. Außerdem sollen alle Beratungsstellen künftig so ausgestattet werden, dass sie präventive Angebote ausbauen können. Darüber hinaus haben sich die Bevölkerungszahlen in einigen Kommunen deutlich verändert, sodass die Versorgungsstrukturen angepasst wurden. Sofern nicht die Region Hannover die Hilfeversorgung übernimmt, werden dafür Förderverträge mit den freien Trägern geschlossen. Burgdorf, Laatzen und Lehrte gehören zu den Kommunen mit eigenem Jugendamt, die die Organisation und Steuerung der Beratungsleistungen der Region Hannover übertragen haben. Die Kommunen Hannover und Langenhagen übernehmen diese Aufgabe selbst und erhalten dafür die finanzielle Förderung.